

Frieden braucht Ihr Engagement – was werden Sie dafür tun?



Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl
am 26. September 2021

herausgegeben von



**Brot
für die Welt**



church and peace
Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk



PLATTFORM
ZIVILE
KONFLIKT
BEARBEITUNG



Frieden braucht Ihr Engagement – was werden Sie dafür tun?

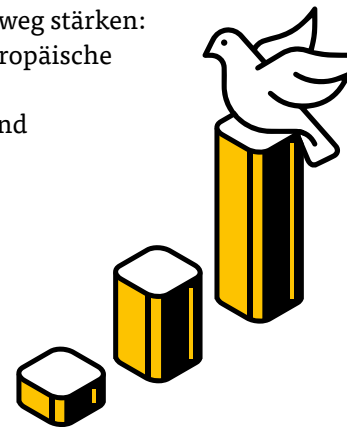
Wir laden Sie ein, diese Frage den Kandidatinnen und Kandidaten zu stellen, die sich bei der Wahl am 26. September 2021 für ein Bundestagsmandat bewerben.

Wir laden Sie ein, konkret nachzufragen, denn es geht in der nächsten Legislaturperiode darum, ob Deutschland immer mehr Mittel in militärische Optionen investiert oder stattdessen Instrumente stärkt, die zur Prävention von Gewalt und zu nicht-militärischen, gewaltfreien und nachhaltigen Wegen aus Konflikten beitragen.

In ihren friedenspolitischen Entscheidungen müssen die Mitglieder des Deutschen Bundestags immer zugleich auch die Europäische Union in den Blick nehmen und darauf hinwirken, dass deren Potenziale für die Stärkung von nachhaltigem Frieden weltweit gestärkt werden.

Darum fragen Sie die Kandidat*innen, ob und wie sie sich einsetzen für folgende Themen:

- Abrüstung
- Rüstungsexportkontrolle
- Zivile Konfliktbearbeitung und Demokratieförderung
- Infrastruktur für Krisenprävention und Friedensförderung in der Außenpolitik
- Kollektive und kooperative Sicherheit
- Einsatz für globalen Frieden und Zusammenarbeit: Vereinte Nationen stärken
- Dialog über Gegensätze hinweg stärken: Die OSZE und die gesamteuropäische Dimension
- Nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte
- Flucht und Asyl



Die Autor*innen:

Ralf Becker

➤ ralf.becker@ekiba.de

Simon Bödecker

➤ orl-social@gaia.de

Christoph Bongard

➤ bongard@forumZFD.de

Dr. Martina Fischer

➤ Martina.Fischer@brot-fuer-die-welt.de

Jan Gildemeister

➤ gildemeister@friedensdienst.de

Antje Heider-Rottwilm

➤ heider-rottwilm@church-and-peace.org

Charlotte Kehne

➤ orl-kehne@gaia.de

Gerold König

➤ g.koenig@paxchristi.de

Dr. Christine Schweitzer

➤ schweitzer@soziale-verteidigung.de

Abrüstung

Die Welt rüstet auf! Mehr als 1,9 Billionen US-Dollar betragen die weltweiten Militärausgaben im Jahr 2020 (Quelle: Friedensforschungsinstitut SIPRI). Das ist der höchste Wert seit Ende des Kalten Krieges. Und Deutschland bildet dabei keine Ausnahme: Seit 2015 steigt der Verteidigungsetat hierzulande deutlich an. 2021 sind ganze 9,4 Prozent aller Mittel aus dem Bundeshaushalt für das Militär eingeplant (rund 47 Milliarden Euro, Stand: Februar 2021). Geld, das an anderer Stelle fehlt: etwa bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs), des Klimaschutzes und zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie.

Zwei besonders umstrittene Entscheidungen muss die künftige Bundespolitik treffen: Die geplante Bewaffnung von Drohnen des Typs „Heron TP“ soll Bundeswehrsoldat*innen in die Lage versetzen, ferngesteuerte Kampfeinsätze von einem weit entfernten Stützpunkt aus zu fliegen. Zudem will das Bundesverteidigungsministerium 30 atomwaffenfähige F-18-Kampfflugzeuge beschaffen. Die Bundeswehr wäre damit für weitere Jahrzehnte in der Lage, die in Büchel (Rheinland-Pfalz) stationierten US-Atombomben zu transportieren und im Kriegsfall abzuwerfen. Das stünde nicht nur im Widerspruch zu den Beteuerungen der Bundesregierung, für eine atomwaffenfreie Welt zu stehen, es konterkariert auch den am 22. Januar 2021 in Kraft getretenen Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen.

Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:



- 1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland innerhalb der nächsten Legislaturperiode dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitrifft?
- 2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die nukleare Teilhabe Deutschlands in der NATO beendet und die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden? Wenn ja, in welchem Zeitraum?
- 3 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr auch zukünftig keine bewaffneten Drohnen erhält?
- 4 Werden Sie jede weitere Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben ablehnen?
- 5 Werden Sie dafür eintreten, dass die Bundesregierung sich für Verträge zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einsetzt mit dem Ziel, weltweit die Rüstungsetats in einem ersten Schritt um 10 Prozent zu senken?

Rüstungsexportkontrolle

Deutschland gehört zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt. Im Zeitraum von 2016 bis 2020 stiegen die deutschen Rüstungsexporte sogar deutlich gegenüber dem Vergleichszeitraum seit 2011 an (Quelle: SIPRI). Obwohl die Bundesregierung angekündigt hatte, Exporte in Drittstaaten (also weder in EU-, NATO- noch diesen gleichgestellte Länder) drastisch zu reduzieren, lag deren Anteil am Wert aller genehmigter Rüstungsexporte in den letzten Jahren fast immer über 50 Prozent. Die aktuelle rechtliche Grundlage für die Kontrolle deutscher Rüstungsexporte ist lückenhaft, eine parlamentarische und öffentliche Kontrolle ist kaum möglich. Um zu verhindern, dass deutsche Waffen weiterhin in menschenrechtsverletzende Staaten oder in Kriegs- und Krisengebiete gelangen, sind neue, verbindliche gesetzliche Regelungen nötig.

Auch auf EU-Ebene rückt das Thema Rüstungsexport weiter in den Fokus: Mit der sogenannten „European Peace Facility“ wollen die Mitgliedstaaten bis 2027 mehr als fünf Milliarden Euro für militärische Einsätze und Missionen ausgeben – damit wird auch die Lieferung von Waffen und Munition aus europäischer Produktion in Drittstaaten einhergehen.

Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:



Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Rüstungsexporte an kriegführende sowie menschenrechts- und völkerrechtsverletzende Staaten umgehend gestoppt werden?
- 2 Werden Sie sich für ein restriktives Rüstungsexportkontrollgesetz einsetzen, das den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Drittstaaten grundsätzlich verbietet, sodass Rüstungsexporte nur in zu begründenden Ausnahmefällen und bei gesichertem Endverbleib genehmigt werden können?
- 3 Werden Sie sich – angesichts der besonders hohen Opferzahlen – für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen und leichten Waffen (gemäß UN-Definition), zugehörigen Teilen sowie Munition einsetzen?
- 4 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein Verbandsklagerecht geschaffen wird, welches es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, Rüstungsexportgenehmigungen auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen?
- 5 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass deutsche Regularien nicht länger durch eine unkontrollierte Internationalisierungsstrategie deutscher Rüstungskonzerne (z. B. durch technische Unterstützung, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Rüstungsfirmen) umgangen werden können?
- 6 Werden Sie sich gegenüber der Bundesregierung für eine Verschärfung und strikte, verbindliche Einhaltung der europäischen Kriterien für den Rüstungsexport (Gemeinsamer Standpunkt der EU) einsetzen?

Zivile Konfliktbearbeitung und Demokratieförderung

Demokratie lebt vom konstruktiven Umgang mit Konflikten. Sie gründet sich auf eine Streitkultur, die nicht abwertet und ausgrenzt, sondern andere Einschätzungen respektiert und nach Lösungen und Kompromissen sucht.

Der Zunahme rechtsextremer Gewalt sowie antisemitischer und anti-islamischer Übergriffe kann nur entgegengewirkt werden, wenn Menschen bereit sind, demokratische Strukturen aktiv mitzugestalten und zu verteidigen. Dafür ist die Fähigkeit zum konstruktiven Umgang mit Konflikten im täglichen Miteinander, in Vereinen und Kommunen, in den Medien und Betrieben, in der Schule und in der Politik essenziell. Zahlreiche Initiativen und Organisationen engagieren sich auf kommunaler Ebene gegen Rechtsextremismus: in der Gewaltprävention, Jugend- und Gemeinwesenarbeit, Mediation und Streitschlichtung. Doch die Initiativen zur Zivilen Konfliktbearbeitung vor Ort werden meist nur über zeitlich begrenzte Projektmittel finanziert.

Es geht darum, den gewaltfreien und konstruktiven Umgang mit Konflikten in gesellschaftlichen Strukturen und in politischen Institutionen kontinuierlich zu verankern. Damit das gelingt, muss Zivile Konfliktbearbeitung in all diesen Bereichen finanziell und mit rechtlichen Rahmenbedingungen gefördert und zum Kernbestand der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit erhoben werden.



Zivile Konfliktbearbeitung und Demokratieförderung

Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:



- 1** Was werden Sie unternehmen, um die Grundlagen für Demokratieförderung und Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland zu verbessern? Wie kann ein Demokratiefördergesetz dies unterstützen?
- 2** Werden Sie eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts unterstützen, das die bedeutende Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen als Impulsgeber und Kontrollinstanz im Zusammenwirken mit staatlichen Institutionen in einer demokratischen Struktur anerkennt?
- 3** Was werden Sie unternehmen, um eine stärkere Verankerung von Maßnahmen der Streitschlichtung, Mediation und gewaltfreien Konfliktbearbeitung auf unterschiedlichen Ebenen des Gemeinwesens zu fördern? Werden Sie zum Beispiel dafür eintreten, dass Programme wie „Demokratie leben!“ oder „Zusammenhalt durch Teilhabe“ ausgebaut werden und Zivile Konfliktbearbeitung in ihre Förderung aufnehmen?
- 4** Wie wollen Sie Friedensbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Menschenrechtsbildung in der schulischen und außerschulischen Bildung stärken?
- 5** Werden Sie darauf hinwirken, dass auch von der Europäischen Union Programme entwickelt werden, die die Kompetenzen gesellschaftlicher und kommunaler Akteur*innen in Ziviler Konfliktbearbeitung stärken?
- 6** Was werden Sie unternehmen, um die Potenziale Ziviler Konfliktbearbeitung in Politik und Öffentlichkeit sichtbar zu machen? Werden Sie zum Beispiel staatliche Einrichtungen darauf verpflichten, über die Erfolge von Maßnahmen Ziviler Konfliktbearbeitung systematisch und kontinuierlich zu berichten, sowie ein Förderprogramm unterstützen, das nichtstaatlichen Akteuren ermöglicht, Erfahrungen mit Ziviler Konfliktbearbeitung gezielt und fortlaufend im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit zu präsentieren?

Infrastruktur für Krisenprävention und Friedensförderung in der Außenpolitik

Mit dem „Aktionsplan für zivile Krisenprävention“ hat sich die deutsche Bundesregierung 2004 erstmals zum vorrangigen Ausbau von zivilen Instrumenten der Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Außenpolitik verpflichtet. Zu dieser „Infrastruktur für Zivile Konfliktbearbeitung“ zählen unter anderem das Förderprogramm „zivik“ zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Projekte in Konfliktregionen; das „Zentrum für internationale Friedenseinsätze“ (ZIF), das Personal für internationale Friedensmissionen (Vereinte Nationen, EU und OSZE) vorbereitet und entsendet; der „Zivile Friedensdienst (ZFD)“, der Organisationen und Menschen vor Ort langfristig in ihrem Engagement für Dialog, Menschenrechte und Frieden unterstützt; die Arbeitsgemeinschaft „Frieden und Entwicklung“ (AG FriEnt), in der staatliche Stellen, NGOs, politische Stiftungen und kirchliche Hilfswerke gemeinsam auf eine konflikt sensible und friedensaktive Entwicklungspolitik hinwirken; sowie die „Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)“.

In den „Leitlinien Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, die 2017 vom Kabinett beschlossen wurden, bekennt sich die Bundesregierung zu den bisher geschaffenen Instrumenten und ihrer Weiterentwicklung. Die Leitlinien verweisen überdies auch auf die Einbindung deutscher Politik in den europäischen Kontext und die Notwendigkeit einer krisenpräventiven Politik der EU.

Auch auf EU-Ebene gibt es wichtige Ansätze für zivile Krisenprävention und Friedensförderung. Jedoch erfährt deren Ausbau aktuell keinen nennenswerten Schub, sondern sie müssen im Gegenteil kontinuierlich gegen Kürzungen und Vereinnahmung durch sicherheitspolitische Ziele verteidigt werden, denn gegenwärtig konzentrieren sich die Mitgliedstaaten eher auf den Ausbau von Militärkooperationen.



Infrastruktur für Krisenprävention und Friedensförderung in der Außenpolitik



Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1 Was werden Sie unternehmen, um den Ausbau der „Infrastruktur ziviler Konfliktbearbeitung“ voranzutreiben?
- 2 Werden Sie dafür eintreten, dass in Deutschland die Haushaltsmittel für die Ausbildung und Entsendung von Fachkräften im Rahmen des „Zivilen Friedensdienstes“ sowie „zivik“ und „ZIF“ substanziell und planvoll erhöht werden?
- 3 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Mediationskapazitäten systematisch weiterentwickelt und ausgebaut werden?
- 4 Das von ökumenischen und säkularen Initiativen entwickelte Szenario „Sicherheit neu denken“ (www.sicherheitneudenken.de) beschreibt einen konsequenten Ausbau kollektiver und kooperativer Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040. Unterstützen Sie eine Weiterarbeit an dem Szenario und damit konkrete Schritte zum Ausbau einer kollektiven und kooperativen Sicherheitspolitik?
- 5 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Konfliktgebieten lokale zivilgesellschaftliche Akteur*innen stärker unterstützt werden, indem die Mittel des Förderprogramms zivik aufgestockt werden und die Förderung aus dem Bundeshaushalt langfristig planbarer und damit für die Friedensarbeit in Krisenregionen effektiver gestaltet wird?
- 6 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mittel für die Deutsche Stiftung Friedensforschung entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrats (Gutachten von 2019) substanziell erhöht werden?
- 7 Werden Sie darauf hinwirken, dass das Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union um die Rubrik „Friedens- und Konfliktforschung“ erweitert wird?
- 8 Was werden Sie unternehmen, um auf den Ausbau der Instrumente für Frühwarnung, zivile Krisenprävention und Friedensförderung auf EU-Ebene hinzuwirken? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mittel für den Ausbau des Mediator*innenpools des Europäischen Auswärtigen Dienstes erhöht werden und mehr Mittel und Personal für zivile Friedensmissionen der EU bereitgestellt werden?
- 9 Werden Sie mithelfen, die Zweckentfremdung ziviler und entwicklungspolitischer Budgets der EU für Migrationsabwehr und sicherheitspolitische Aufgaben zu verhindern?

Kollektive und kooperative Sicherheit

Einsatz für globalen Frieden und Zusammenarbeit: Vereinte Nationen stärken

Die Vereinten Nationen UNO und ihre Regionalorganisationen haben mit dem Völkerrecht wichtige Grundlagen und verbindliche Standards geschaffen. Diese Systeme kollektiver und kooperativer Sicherheit gilt es zu bewahren und weiterzuentwickeln. Zu den Verdiensten der Vereinten Nationen gehören zahlreiche Menschenrechtsverträge, Friedensmissionen, weltweites Engagement im Flüchtlingsschutz durch den UNHCR sowie der Einsatz für Abrüstung, Klimaschutz, u. a. mit dem Pariser Abkommen, nachhaltige Entwicklung und Gesundheit.

Der Sonderstatus der fünf Großmächte als permanente Mitglieder des Sicherheitsrats war zur Zeit der Gründung der Vereinten Nationen historisch gerechtfertigt. Inzwischen hat sich die internationale Konstellation verändert. 75 Jahre nach der Etablierung des UN-Systems ist es nicht mehr hinnehmbar, dass ganze Kontinente, wie zum Beispiel Afrika und Lateinamerika, oder ein Land wie Indien, das mehr als eine Milliarde Menschen umfasst, nicht als ständige Mitglieder vertreten sind. Eine Reform des Sicherheitsrats ist überfällig.

Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:



- 1 Was werden Sie unternehmen, um die Vermittlerrolle der Vereinten Nationen im globalen Kontext zu stärken und deren Instrumentarium für die Früherkennung und Bewältigung globaler und regionaler Krisen zu stärken?
- 2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland die UNO und ihre Regionalorganisationen finanziell und personell nachhaltig mit nicht zweckgebundenen Beiträgen stärkt, damit sie ihren friedenserhaltenden, humanitären und gesundheitspolitischen Aufgaben nachkommen können?
- 3 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Instrumente der UNO für Frühwarnung, Mediation und Verhandlungsunterstützung, Nachsorge und Friedensförderung (z. B. im Rahmen der „Peacebuilding Commission“) von Deutschland stärker und nachhaltig unterstützt werden?
- 4 Werden Sie sich für eine Reform des UN-Sicherheitsrats starkmachen, die eine größere Repräsentanz der Kontinente und Weltregionen ermöglicht?

Dialog über Gegensätze hinweg stärken: Die OSZE und die gesamteuropäische Dimension

Wenn Großmächte ihre Interessen auf Kosten anderer Länder, durch Unterdrückung von Minderheiten oder Verletzung von Völker- und Menschenrechten durchsetzen, so müssen sie dafür kritisiert werden. Gleichzeitig muss mit diesen Mächten aber weiterhin der Austausch gesucht werden. Eine Politik der Sanktionen allein ist nicht zielführend. Um die globale Erderwärmung und neues Wettrüsten aufzuhalten, braucht es gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen.

Im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine müssen alle am Ukraine-Konflikt Beteiligten gedrängt werden, sich an ihre Zusagen aus dem Abkommen von Minsk zu halten. Eine konstruktive Bearbeitung kann aber nur durch politische und diplomatische Initiativen im gesamteuropäischen Kontext erwirkt werden.

Dafür muss man gesamteuropäische Institutionen wie den Europarat mit seinen rechtlichen Standards und Instrumenten sowie die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) stärken und weiterentwickeln. Die OSZE umfasst 57 Mitgliedstaaten in einem Radius

von Vancouver bis Wladiwostok und bildet ein wichtiges System kooperativer Sicherheit, dessen Fundament zum Ende des 20. Jahrhunderts gelegt wurde. Sie verfügt über fundierte Erfahrungen in der Sicherung von Minderheitenrechten und in der Prävention von Gewaltkonflikten, in der Streitbeilegung durch Verhandlungsprozesse mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie im Bereich der Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung. Sie bildet zudem ein transatlantisches Forum für Dialog und Kooperation zwischen allen Beteiligten, die für die Sicherheit in Europa relevant sind. In der Überwindung des Ost-West-Konflikts hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, dass Staaten und Regierungen – auch wenn sie nicht dieselbe Sprache sprechen und unterschiedlichen Werten, Überzeugungen und Interessen folgen – miteinander im Gespräch bleiben.



Dialog über Gegensätze hinweg stärken: Die OSZE und die gesamteuropäische Dimension



Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:

- 1** Was werden Sie unternehmen, um die Potenziale von Europarat und OSZE in der konstruktiven Bearbeitung von Konflikten und kooperativer Sicherheit in Europa zu stärken?
- 2** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE genutzt wird, um die Mitgliedstaaten für ökologische Initiativen und Maßnahmen gegen die Klimakrise zu gewinnen?
- 3** Werden Sie sich dafür starkmachen, dass die Kooperation mit der Zivilgesellschaft im OSZE-Kontext verstärkt und dabei vor allem auf die Förderung von Frauen in Friedensprozessen geachtet wird?
- 4** Werden Sie darauf hinwirken, dass in der OSZE neue Initiativen für Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung ergriffen werden, um einem neuen nuklearen Wettrüsten entgegenzuwirken und Fortschritte bei der Begrenzung konventioneller Waffensysteme zu erreichen?
- 5** Werden Sie sich für ein Gipfeltreffen zum 50. Jahrestag der OSZE 2025 einsetzen, um der Organisation einen Schub in der Weiterentwicklung der europäischen Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur zu geben?
- 6** Werden Sie sich für die Wiederaufnahme von Gesprächen im Rahmen des NATO-Russlandrats engagieren?
- 7** Werden Sie in Kooperation mit der Zivilgesellschaft konkrete Schritte für den Aufbau einer Vertrauenskultur zwischen der EU und Russland entwickeln und umsetzen?

Nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte

Deutsche und europäische Außenpolitik sollte sich an den Konzepten der „menschlichen Sicherheit“ und „menschlichen Entwicklung“ orientieren, die im Rahmen der Vereinten Nationen entwickelt wurden. Diese gehen über die Sicherheit von Staaten hinaus und stellen die Sicherheitsbedürfnisse jedes einzelnen Individuums in den Vordergrund. Ziel ist es, nicht nur den Menschen in den Industriestaaten, sondern auch im globalen Süden ein Leben frei von Gewalt, in Würde und mit wirtschaftlichen Perspektiven zu ermöglichen. Diese Konzepte betonen die Einheit von Frieden und Gerechtigkeit, Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung.

Das bedeutet, dass die deutsche und europäische Politik die eigenen Anteile an globalen und regionalen Friedensgefährdungen erkennen und angehen müssen, also beispielsweise angemessene Beiträge zur Überwindung der Klimakrise leisten müssen, die vielerorts zur Zerstörung von Lebensgrundlagen und Vertreibung von Menschen beiträgt. Darüber hinaus sollten sie der Ernährungskrise und dem Artensterben entgegenwirken und zur Eindämmung der vielfältigen politischen und sozioökonomischen Ursachen von Gewaltkonflikten und zur Friedensförderung beitragen. Die Zerstörung von Lebensgrundlagen und natürlichen Ressourcen verstärkt vielerorts die Dynamik von Gewaltkonflikten, und beide bilden wesentliche Faktoren für Flucht und Migrationsbewegungen.



Nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte

Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:



- 1** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die deutsche und europäische Politik die Ziele des Pariser Klimaabkommens konsequent umsetzen und die Gesellschaften im globalen Süden bei der Anpassung an die Klimakrise unterstützen?
- 2** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland seine Verpflichtung, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit zu investieren, zuverlässig und fortlaufend und ohne Anrechnung anderweitiger Kosten (z. B. für die Flüchtlingsunterbringung) erfüllt?
- 3** Was werden Sie unternehmen, um deutsche und europäische Politik an den nachhaltigen Entwicklungszielen, an Menschenrechten und Menschenwürde auszurichten?
- 4** Werden Sie sich dafür engagieren, dass zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für globale Menschenrechte, Umweltschutz und Frieden einsetzen, umfassender als bisher politisch und finanziell unterstützt und geschützt werden?
- 5** Werden Sie sicherstellen, dass sicherheitspolitische Kooperationen mit Diktaturen unterbleiben und „Ertüchtigung“ von Sicherheitsapparaten nicht auf Kosten von Menschenrechten geht?
- 6** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Nachbarschaftspolitik der EU und vor allem die Beziehungen zu den afrikanischen Ländern auf der Grundlage fairer Handelsbeziehungen gestaltet werden?
- 7** Werden Sie dafür sorgen, dass die Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten auf die Bedürfnisse besonders bedürftiger Staaten zugeschnitten wird statt auf die Abwehr von Migration?
- 8** Werden Sie sich gegenüber den EU-Mitgliedstaaten für eine europäische Initiative zur Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit im Dialog mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen des globalen Südens einsetzen?

Flucht und Asyl

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten arbeiten seit Jahren darauf hin, den Zugang auf das Recht auf Asyl faktisch abzuschaffen. Derzeit sind weltweit mehr Menschen auf der Flucht als jemals nach dem Zweiten Weltkrieg. Jedes Jahr ertrinken mehr als tausend Menschen auf der Flucht im Mittelmeer, auch weil es keine staatlichen Seenotrettungsprogramme gibt und zivilgesellschaftliche Seenotrettung behindert und kriminalisiert wird. An der EU-Außengrenze zwischen der Türkei und Griechenland finden zahlreichen Berichten zufolge sogenannte Pushbacks statt, bei denen Flüchtlingsboote von der griechischen Küstenwache gewaltsam zurückgedrängt werden. Diejenigen, die dennoch die EU erreichen, werden in Lagern auf Lesbos oder anderen griechischen Inseln unter rechtlich fragwürdigen und unmenschlichen Bedingungen festgehalten. Der Anspruch auf das Recht, einen Asylantrag zu stellen und somit auch eine sichere Zukunftsperspektive zu erhalten, wird so lange wie möglich hinausgezögert. Und inzwischen gibt es Belege für eine direkte Kooperation der EU-Grenzschutzagentur Frontex, die der libyschen Küstenwache die Koordinaten von Flüchtlingsbooten übermittelt, deren Insassen dann aus internationalen und küstennahen Gewässern wieder auf das libysche Festland verbracht und damit menschenverachtender Behandlung unterworfen werden. Pushbacks sind auch an der Grenze zwischen Bosnien und Kroatien gängige Praxis.

Ein Europa, das den Schwächsten ihre Rechte nimmt und sie illegal und gewalttätig zurückschiebt und Staaten mit Waffen und Gerät versorgt, um Grenzen abzudichten, kann nicht Teil einer Lösung sein, sondern ist selbst Teil des Problems. Die EU verwendet viel Geld und Personal darauf, Flucht und Migration zu bekämpfen, anstatt sich intensiv darum zu bemühen, Ursachen von Menschenrechtsverletzungen und Gewaltkonflikten zu bekämpfen sowie die Klimakrise einzudämmen, die maßgeblich zur Zerstörung von Lebensgrundlagen beiträgt.

Stellen Sie dem Kandidaten / der Kandidatin folgende Fragen:



- 1 Wie werden Sie sich einsetzen für eine weltoffene, demokratische und humane Gesellschaft, in der das Recht auf Asyl respektiert und die Aufnahme Asylsuchender gemäß den internationalen Verpflichtungen gewährleistet wird?
- 2 Was werden Sie unternehmen, um einen sofortigen Stopp der illegalen Praxis an den europäischen Außengrenzen (Pushbacks) zu erreichen?
- 3 Werden Sie sich dafür starkmachen, dass die EU-Grenzschutzagentur Frontex sich an menschenrechtliche und völkerrechtliche Grundsätze hält?
- 4 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Geflüchtete an den EU-Grenzen menschenrechtskonform behandelt werden, dass sie sicher einreisen und Asylanträge auf EU-Gebiet stellen können und weder Pushbacks noch Abschiebung in unsichere Drittstaaten befürchten müssen?
- 5 Über 250 Städte und Gemeinden haben sich mittlerweile in Deutschland zu ‚Sicheren Häfen‘ erklärt. Werden Sie sich dafür einsetzen, diesen Städten und Gemeinden endlich die Aufnahme von geflüchteten Menschen über die Zuweisungsschlüssel hinaus zu ermöglichen?
- 6 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die international verbrieften Rechte von Migrant*innen beachtet werden, dass der UN-Migrationspakt umgesetzt und dass in diesem Rahmen auch mehr legale Wege der Zuwanderung auch nach Deutschland eröffnet werden?

QUELLEN/LINKS

SIPRI, World military spending rises to almost \$2 trillion in 2020

- https://sipri.org/media/press-release/2021/world-military-spending-rises-almost-2-trillion-2020

Rüstungsexportbericht 2020 der GKKE

- https://www.gkke.org/wp-content/uploads/2020/12/GKKE-69-REB.pdf

Herbert Wulf, Globaler Rüstungsboom, Internationale Politik und Gesellschaft, 06.04.2021

- https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/globaler-ruestungsboom-5089/?utm_campaign=de_40_20210406&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Gemeinsamer Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten von 2008

- https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:32008E0944&from=EN

Martina Fischer, EU Peace Facility, Waffen für Sicherheit weltweit?, Blogbeitrag vom 13.03.2021

- https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2021-eu-peace-facility-waffen-fuer-sicherheit-weltweit/

Martina Fischer, Rat der EU beschließt European Peace Facility, Blogbeitrag vom 23.03.2021

- https://www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2021-rat-der-eu-beschliesst-european-peace-facility/

Statement von Church and Peace zur EU-Politik vom Februar 2021

- https://www.church-and-peace.org/wp-content/uploads/2021/02/Statement-CaP-sicherheitspolitische-Entscheidungen-EU-Februar-2021.pdf

Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung vom 12.07.2019

- https://www.wissenschaftsrat.de/download/2019/7827-19.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Hans Joachim Heintze, Zur Friedensfähigkeit von Systemen kollektiver Sicherheit am Beispiel der Vereinten Nationen – eine völkerrechtliche Perspektive, in Ines Janine Werkner und Martina Fischer (Hg.), Europäische Friedensordnung und Sicherheitsarchitekturen, Springer-Verlag 2018, Seite 143–161

- https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-23920-6

Matthias Leitner, Nach Covid 19 – Reboot der Vereinten Nationen, in PeaceLab-Blog vom 16.04.2020

- https://peacelab.blog/2020/04/nach-covid-19-reboot-der-vereinten-nationen

Forderungen zur Änderung der Abgabenordnung / Gemeinnützigkeit (2020)

- https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/wp-content/uploads/2020/07/Allianz-Rechtssicherheit_Sofort-Forderungen-Abgabenordnung-Gemeinnuetzigkeit_2019-11-25.pdf

Jagd auf Flüchtlinge: Frontex und die Libysche Küstenwache, MONITOR vom 29.04.2021

Sendungen – Monitor – Das Erste (wdr.de)

- https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/frontex-libyen-100.html

herausgegeben von:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)

- www.friedensdienst.de

Brot für die Welt

- www.brot-fuer-die-welt.de

Bund für Soziale Verteidigung e. V.

- www.soziale-verteidigung.de

Church and Peace – Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk

- www.church-and-peace.org

Forum Ziviler Friedensdienst e. V. (forumZFD)

- www.forumZFD.de

Ohne Rüstung Leben e. V.

- www.ohne-ruestung-leben.de

pax christi – Deutsche Sektion

- www.paxchristi.de

Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

- www.konfliktbearbeitung.net

Initiative „Sicherheit neu denken“

- www.sicherheitneudenken.de

Illustrationen designed by upklyak / Freepik

herausgegeben von



**Brot
für die Welt**



church and peace
Europäisches Friedenskirchliches Netzwerk



PLATTFORM
ZIVILE
KONFLIKT
BEARBEITUNG

